



Beschlossen am 31.08.2011 vom
Juso-Unterbezirksausschuss

Chancen und Grenzen von BürgerInnenbeteiligung

Für die Teilhabegesellschaft und demokratische Strukturen.

1 „Die Demokratie lebt durch das Engagement der Bürgerinnen und
2 Bürger. Darum wollen wir eine starke, lebendige Bürgergesell-
3 schaft, in der die Menschen die Freiheiten der Meinung, der Verei-
4 nigung und Versammlung nutzen. Der demokratische Staat ist die
5 politische Selbstorganisation der Bürgerinnen und Bürger.“
6 (Hamburger Programm: S.30)

7
8 Das Bekenntnis der Jusos zu einer lebendigen BürgerInnengesellschaft ist ein ur-
9 sozialdemokratisches. Für uns bedeutet dieses Bekenntnis die Teilhabe der Bürge-
10 rinnen und Bürger an den demokratischen Entscheidungsprozess und es vermittelt
11 unser Menschenbild, nach dem sich jedes Individuum selbstgesteuert in politische
12 Entscheidungsprozesse einbringen soll.

13
14 BürgerInnenbeteiligung ist dabei, neben den klassischen Instrumenten der reprä-
15 sentativen Demokratie, ein entscheidendes Merkmal einer lebendigen und demokra-
16 tischen Bürgergesellschaft und dies nicht erst seit den Erfahrungen im Zusammen-
17 hang mit Stuttgart²¹.

BürgerInnenbeteiligung als Prozess

18
19 BürgerInnenbeteiligung stellt für uns Jusos einen Prozess dar. Hierunter verstehen
20 wir zweierlei: Zum einen hat BürgerInnenbeteiligung keinen Selbstzweck, sondern
21 es muss in politische Abläufe eingebunden sein und den gewählten RepräsentantIn-
22 nen in den Parlamenten und Räten als professionales Politikberatungsinstrument
23 zur Verfügung stehen. Dies deutet die zweite Dimension des Prozesscharakters von
24 BürgerInnenbeteiligung an: BürgerInnenbeteiligung ist für uns nicht nur ein In-
25 strument zur Entschärfung gesellschaftlicher Konflikte, sondern vielmehr ein In-
26 strument des Agenda-Settings: BürgerInnenbeteiligung muss Impulse dort setzen
27 können, wo Themen durch die „hauptamtlichen“ Politikerinnen und Politiker nicht
28 genügend Beachtung finden!

Beteiligungsformen und -formate

29
30
31 Unsere Vorstellungen von BürgerInnenbeteiligung geht über die klassischen Forma-
32 te BürgerInnenbegehren, BürgerInnenentscheide, BürgerInnenfragestunden oder
33

„Chancen und Grenzen von BürgerInnenbeteiligung“

34 BürgerInneneingaben hinaus. Vielmehr müssen sich Beteiligungsformate öffnen.
35 Die themenbezogene Beteiligung im Sinne der eben genannten Formate gilt es zu
36 erhalten und durch weitere Instrumente zu erweitern. Hierzu zählen BürgerInnen-
37 konferenz bzw. Stadtteilkonferenzen, die sich offen zeigen für Anregungen und ihre
38 Diskussion nicht im Vorfeld auf einen thematischen Bereich eingrenzen. Hierbei
39 sollte die Methode des „Open-Space“ angewendet werden, um Bürgerinnen und
40 Bürger auch in der Formulierung von Politik-Visionen Beteiligungsraum zu bieten.
41 Zusätzlich sollten Internet-basierte Plattformen zur Verfügung gestellt werden, die
42 den BürgerInnen zum Austausch von Ideen angeboten werden. Diese sollen explizit
43 für BürgerInnen geschaffen werden, die im jeweiligen Stadtteil ihren Hauptwohnsitz
44 haben.

45 Weitere Formate, die allerdings teilweise durch ein ausgewähltes Themenspektrum
46 gekennzeichnet, aber dennoch positive und wichtige Instrumente der BürgerInnen-
47 beteiligung sind, stellen BürgerInnenhaushalte und BürgerInnenkommissionen
48 (auch Planungszellen genannt) dar. Beim BürgerInnenhaushalt wird den Bürgerin-
49 nen und Bürgern die Möglichkeit gegeben sich in die politische Schwerpunktsetzung
50 durch Beteiligung an der Erstellung des Haushaltplanes einzubringen.

51 BürgerInnenkommissionen lassen sich als Unterstützung der Verwaltung oder Poli-
52 tik begreifen, die eingesetzt werden, um sich mit einem speziellen (Planungs-
53)Problem auseinanderzusetzen. Ihre Ergebnisse gehen anhand so genannter Bürger-
54 Innengutachten in die Arbeit der politischen Gremien und/oder der Verwaltung ein.
55 Sie sind vor allem dort sinnvoll, wo Planungsaufgaben zu erledigen sind, bei denen
56 bereits „Interessenskonflikte“ sichtbar werden. Ein entscheidendes Merkmal der
57 BürgerInnenkommissionen ist zudem die Zufallsauswahl der Bürgerinnen und Bür-
58 ger, um somit eine möglichst heterogene Gruppe an Bürgerinnen und Bürgern zu
59 beteiligen. Die politikwissenschaftliche Beteiligungsforschung beschreibt gerade
60 solchen sehr heterogen zusammengesetzten Formaten eine hohe Problemlösungs-
61 kompetenz zu.

62

63 **Beiräte**

64 Wiederum eine klassische Form der BürgerInnenbeteiligung sind die Beiräte (bspw.
65 für SeniorInnen oder AusländerInnen). Diese gilt es zu erhalten und weiterhin in die
66 politischen Entscheidungsprozesse einzubinden. Neben der beratenden Funktion
67 soll den Beiräten durch Stimmrecht in den entsprechenden Fachausschüssen der
68 Stadtverordnetenversammlung eine höhere Gewichtung zukommen.

69

70 **Jugendbeteiligung**

71 Auch ein Beirat für Jugendliche ist uns Jusos ein besonders wichtiges Anliegen. Als
72 Jugendbeirat stellen wir Jusos uns die Einführung eines Kinder- und Jugendparla-
73 ments vor. Kinder- und Jugendparlamente bieten dabei unserer Meinung nach zwei
74 Vorteile: Zum einen eröffnen sie Beteiligungsmöglichkeiten durch die Einbindung in
75 die bestehenden politischen Prozesse. Zudem bieten sie die Möglichkeit Kinder und
76 Jugendliche für unsere Demokratie zu sensibilisieren. Demokratiepädagogisch ge-
77 sehen sind Jugendparlamente zum anderen ein wichtiges Instrument zur Entwick-
78 lung einer selbstgesteuerten, staatsbürgerlichen Persönlichkeit.

„Chancen und Grenzen von BürgerInnenbeteiligung“

79 Neben einem Kinder- und Jugendparlament, das zudem über ein eigenes Budget
80 verfügen sollte, stellen projektbezogene Beteiligungsformen eine zweite Säule der
81 Jugendbeteiligung dar. Bei der Entwicklung und Durchführung von Projekten der
82 Jugendpflege spielt dies eine wichtige Rolle. Kinder und Jugendliche wollen einge-
83 bunden werden und sie lehnen es ab, wenn die Entscheidungen über ihre Köpfe
84 hinweg getroffen werden. Und dies aus unserer Sicht zurecht!

85 86 **Einbindung und Grenzen**

87 Damit BürgerInnenbeteiligung angenommen wird und positive Effekte auf die Ge-
88 staltung von Politik ausüben kann, braucht es eine Ernsthaftigkeit gegenüber den
89 Verfahren. Dies heißt für uns, dass Ergebnisse aus den unterschiedlichen Beteili-
90 gungsformaten in den politischen Prozess bzw. deren Gremien eingebracht und dort
91 angemessen beraten werden. BürgerInnenbeteiligung ist für eine lebendige Bürger-
92 Innengesellschaft Grundvoraussetzung und es gilt noch einmal explizit zu benennen,
93 dass BürgerInnenbeteiligung für uns das inklusivste Mittel der Politikberatung dar-
94 stellt. In diesem Sinne sehen wir die gewählten Politikerinnen und Politiker in den
95 politischen Gremien als die LetztentscheiderInnen (außer natürlich beim BürgerIn-
96 nenentscheid, der explizit ein BürgerInnenvotum zum Ziel haben sollte) an. Die re-
97 präsentative Demokratie hat den Anspruch einen ganzheitlichen Politikansatz zu
98 verfolgen. Dies bedeutet für uns Jusos, dass die VolksvertreterInnen die Aufgabe
99 haben keine Partikularpolitik, sondern Politik für die gesamte Gesellschaft zu ma-
100 chen. So wollen wir verhindern, dass BürgerInnenbeteiligung zu einem Erpres-
101 sungsinstrument bestimmter Gesellschaftsschichten wird. Schließlich kann es nur
102 dort eine lebendige BürgerInnengesellschaft geben, wo auch ein Klima der sozialen
103 Zusammengehörigkeit besteht.